

Das Porträt der „Führer“

Stimmen des Auslandes über das braune Kabinett

»Stier Göring«

Wie ein Engländer ihn sieht

Unter dem Titel: „Der Stier Göring, die große Kanone der Nazibande“, veröffentlicht der „Daily Herald“ einen Artikel von Harold Laski, dem berühmten Staatsrechtslehrer, Professor an der Londoner Universität und Mitglied der Labour Party.

Laski schreibt:

Göring scheint eine wilde Freude an Grausamkeiten zu empfinden und seine Moral steht unter der eines Gangster von Chicago. Er hat sich mit Leuten von ähnlichem Kaliber umgeben. Seine Auffassung von „Ehre“ ist die eines Duellanten; seine Idee von Politik ist, zu töten, um nicht selbst getötet zu werden. Er ist die verkörperte Gewalttätigkeit, und seine Genußnahme wächst mit der Größe der Gewalttat.

Für Deutschland ist es ein Unglück, daß er an eine so hohe Stelle gelangt ist;

es ist so, als wären Capone oder Jack Diamond ein Mitglied der Regierung der Vereinigten Staaten.

Auch sie würden die Regierung nach der Moral der Unterweltbanden führen. Auch sie hätten ihre eigenen Braunen Häuser für die Folterung ihrer Gegner. Auch sie würden, wie er, sich der Vergewaltigung aller Gesetze und Bräuche rühmen, die die Existenz der Zivilisation überhaupt erst möglich machen.

Auch sie würden dieselbe Unwissenheit und Unfähigkeit zeigen, die Bedingungen zu begreifen, unter denen allein Wissenschaften und Künste blühen können. Sie würden mit demselben Schwulst, derselben Arroganz, derselben leidenschaftlichen Ekstase über die Agonie ihrer Gegner triumphieren.

Aber das ist ein übles Ding nicht nur für Deutschland allein; es ist

ein Unglück für die ganze Welt.

Es ist eine Bedrohung der Grundlagen des Friedens. Denn wenn Göring seine Feinde zum Schweigen verdammt haben wird, dann wird er neue Siege nötig haben, um die Wollust der Macht auszukosten, ohne Rücksicht auf den Preis.

Der Bau von Flugzeugen ist nicht nur eine Renommisterei. Er ist bewußte Vorbereitung für den Krieg, an dessen Kommen er glaubt, den Krieg, den er erstrebt. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß ein Mann seiner Art nicht den geringsten Skrupel kennt.

Europa aufs neue in ein blutiges Schlachthaus zu verwandeln.

Krieg ist für ihn nur ein Zug in dem Spiel um die Macht. Und diesen Zug zu tun, ist für ihn nicht unmoralischer als Juden und Sozialisten zu morden, Frauen zu schlagen oder Kinder als Geiseln ihrer Eltern zu verwenden. Seine einzige Lebensregel ist die Befriedigung seiner Impulse und Leidenschaften. Stößt er

dabei auf Hindernisse, so wird er dadurch über sich selbst hinaus in einen Zustand geistiger Selbsterstörung getrieben.

Scheitert er irgendwo, so gerät er in den Zustand des Morphinisten, der sich sein Gift nicht verschaffen kann. Des Rauschmittels beraubt, gibt es keine Tiefen, in die er nicht hinabsteigen würde, um seine Gier zu befriedigen.

Wenn Männer solcher Art an die Macht kommen, dann sind selbst diejenigen ihrer Umgebung, die es besser wissen, gezwungen, durch ihr Stillschweigen diesen Weg des Irrsinns zu dulden, wenn ihnen ihr Leben lieb ist. Ich wage die Behauptung, daß es keine fünf Staatsmänner in sämtlichen europäischen Kabinetten, das italienische eingeschlossen, gibt, vor denen Dr. Schacht die Dinge, die Göring auf dem Gewissen hat, verteidigen könnte.

Ich glaube, daß Baron von Neurath, wäre er noch ein freier Mann, leidenschaftlich beteuern würde, daß er die Tage von Stresemann und Brüning sehnlich zurückwünsche. Aber

sie haben sich selbst an den Karren der Tollwütigen gebunden,

über die ihre Aufsicht auszuüben sie gehofft hatten; und so sind sie durch ihre stillschweigende Duldung zu den verächtlichen Komplizen der Brutalität geworden.

Wenn dieses schreckliche Abenteur vorüber sein wird, dann wird in der Gesellschaft zivilisierter Menschen kein Platz sein für Leute wie Schacht und Neurath, die zu den Schandtaten geschwiegen haben, um für eine kurze Spanne an der Macht zu bleiben.

Denn dieser Irrsinn dauert nicht ewig;

eine ganze Nation kann nicht auf die Dauer ihren Verstand verlieren. Wir wissen um den brennenden Haß, der in der deutschen Arbeiterklasse aufsteigt. Wir wissen, daß all die Fortschritte, die Deutschland in der Außenpolitik gemacht hatte, in den wenigen Monaten vernichtet worden sind. Wir sind sicher, ist erst diese erste Vergiftung vorüber, fragt das deutsche Volk erst nach den Erfolgen, so wird die jetzige Ruhe sehr rasch weichen.

Ohne ökonomische Erholung wird in Deutschland eines Tages es entweder zum Bürgerkrieg oder zum Krieg nach außen kommen. Und in beiden Fällen werden die Hitler-Leute ernten, was sie gesät haben. Denn in der Politik wie in der Natur gilt der Satz: Aktion und Reaktion sind einander gleich; und wenn die Erste kommt, dann wird sie so blutig sein wie die zweite.

Unsere Aufgabe muß es unterdessen sein, Neu-Deutschland klar zu machen, daß seine Beherrscher, wenn sie wie tolle Hunde sich benehmen, vom Ausland wie Parasiten behandelt werden!

nach ihrer Vertreibung im Jahre 1290 die Rückkehr nach England gestattete. Ja, er gestattete sie nicht bloß, sondern er ließ die Juden, von denen er im wirtschaftlichen Wettkampf mit Holland eine starke Förderung Englands erwartete, herzlich willkommen sein.

Professor Eddy in Berlin

Die Wahrheit auf englisch

In der Karl-Schurz-Gesellschaft in Berlin sprach am 20. Juli, wie die „Times“ berichten, vor einem zahlreichen Hörerkreis der amerikanische Professor Dr. Sherwood Eddy. Der Amerikaner, der als scharfer Gegner des Vertrags von Versaille bekannt ist, begann mit einer höflichen Verbeugung vor der Hitlerregierung, aber es erregte schon einige Bewegung, als er von Rußland sprach als von einem Lande, das ihm abscheulich sei wegen der Verneinung der Unparteilichkeit der Justiz sowie jeder Rede-, Presse- und Gewissensfreiheit, — Prinzipien, die für das angelsächsische Leben seit sieben Jahrhunderten maßgebend seien. Dr. Eddy steigerte die Aufregung, als er dann auf Deutschland übergang und fragte, was für eine Justiz es denn jetzt für Juden, Sozialisten, Kommunisten, Liberale und Pazifisten in Deutschland gäbe. „Ihr meint,“ sagte

Dr. Eddy weiter, „das wäre Eure eigene Angelegenheit. Sie ist es nicht, es ist eine Angelegenheit der ganzen Menschheit. Die Deutschen wissen nichts von dem, was in ihrem eigenen Lande vorgeht. Die Presse ist geknebelt. Sie hat versichert, daß die Verfolgung der Juden und die Rechtsverweigerung gegenüber anderen Parteien aufgehört hat. Das ist un wahr“. So lange er lebe, schloß der amerikanische Gast, werde er protestieren gegen jede Ungerechtigkeit, auch dem letzten Glied der menschlichen Gesellschaft gegenüber und gegen die Verneinung der Gedanken-, Rede- und Pressefreiheit und des freien Versammlungsrechts.

Das Publikum, so berichtete „Times“, das seit Monaten eine solche Sprache nicht mehr vernommen hatte, war sichtlich verstört. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet am Morgen darauf über die Versammlung, sagte aber von der Rede Dr. Eddys weiter nichts, als daß sie „durch ihre außerordentliche Eindringlichkeit und Wärme auf alle Anwesenden einen tiefen Eindruck gemacht“ habe.

Selbstverständlich ist Dr. Eddy auch nach seiner Rede als Gast mit vollkommener Hochachtung behandelt worden. Was ihm widerfahren wäre, wenn er das Unglück gehabt hätte, ein Deutscher zu sein, läßt sich gar nicht ausmalen. Aber das ist ja bezeichnend für den Nationalstolz des Dritten Reichs, daß man vor Ausländern kriecht, Deutsche aber behandelt, wie man selbst Hunde nicht behandeln sollte!

Minister Möller

Die Wahrheit auf schwedisch

Bei einer großen sozialistischen Jugendkundgebung in Lund in Schweden am 10. Juli sprach der schwedische Minister für soziale Fürsorge Gustav Möller, kräftige Worte über die Rassen theorie der deutschen Nazi. Er sagte unter anderem:

„Wenn das nationalsozialistische Deutschland an die waschechten nordischen Instinkte appelliert, dann ist sein gegenwärtiges System seine eigene Verurteilung. Hier in den nordischen Ländern wahren wir eifersüchtig die alten nordischen Volksfreiheiten. Die angeblichen Vertreter der nordischen Rasse, deren erste Tat darin besteht, die Freiheit des Volkes mit Füßen zu treten, sind nicht unsere Blutsverwandten. Wenn sie es für nötig erachten, daß reinrassige nordische Menschen Deutschland regieren, dann müßten sie sich sie von uns holen, aber sie werden bei uns keine Leute finden, die die Völker unterdrücken wollen.“

Es ist ein charakteristisches Zeichen der Zeit, daß die Völker Skandinaviens jene sind, die von Sozialdemokraten regiert werden —

in den Augen der Nationalsozialisten die schlimmste Plage nach den Juden. Die Völker der Nordländer haben die Sozialdemokraten ans Ruder gebracht, um das Werk zu vollenden und die Demokratie und die Freiheiten des Volkes in diesen Ländern zu sichern.“

Amerika gegen Hitler

New York, Ende Juli.

Hitlers unermüdliches Werben um die Sympathien Amerikas hat sich bisher als Fehlschlag erwiesen. Alle Interviews, in denen der große Schreier mit dem kleinen Chaplinbart den zu verlässlichen Staatsmann hervorzukehren sucht, haben bisher nur den Erfolg gehabt, die Gegnerschaft erbitterter zu gestalten.

Je schweigsamer sich die mit dringenden Wirtschaftsproblemen beschäftigte Rooseveltregierung verhält, desto lauter werden die unoffiziellen Stimmen aus allen Bevölkerungskreisen, die den deutschen Machthabern unerbittlichen Kampf ansagen.

Je deutlicher der Gegensatz zwischen der demokratischen Gesinnung Amerikas und der Schamlosigkeit der deutschen Regierenden wird, desto klarer wird auch, daß die amerikanische Protestwelle nicht durch den Zusammenprall der beiden großen Strömungen Demokratie und Diktatur ausgelöst worden ist. Es war nicht die theoretische Fragestellung Volksherrschaft und demokratische Republik, die zu der einmütigen Erhebung des amerikanischen Volkes gegen den Naziterror führte. Maßgebend war die grausame Verfolgung des Einzelwesens, die brutale Vernichtung des politischen Gegners, die systematische Zerstörung aller in Jahrhunderten mühsam eroberten Menschenrechte, die den von tiefster demokratischer Ueberzeugung erfüllten Volksmassen Amerikas ganz unerträglich erschien.

Die Hoffnung, im Deutschland der Nachkriegszeit einen festen europäischen Friedenshort zu finden, ist seit dem Machtantritt der Nazis endgültig aufgegeben worden. Sie hat zu einer Stimmung umgeschlagen, die in der Modernisierung der amerikanischen Kriegsflotte und ihrer vollen Aufrüstung warnenden Widerhall findet. Natürlich ist die amerikanische Volksstimmung unverändert gegen einen Krieg oder gar gegen eine Einmischung Amerikas in die europäischen Verhältnisse. Die Zeichen von 1917 schrecken. Nichtsdestoweniger ist klar, daß Amerika bei jedem Konflikt, in den das heutige Deutschland gerät, mit seinen Sympathien auf der anderen Seite stehen wird.

Herz und Kontobuch sind zwei Dinge, die auch die tüchtigste kapitalistische Seele noch nicht in Einklang zu bringen gewußt hat. Man tut gut, diese Tatsachen gebührend zu würdigen und sich nicht in Illusionen zu wiegen, die mit jedem Tage, den Hitler sich länger an der Macht hält, enttäuscht werden müssen.

Den Sozialisten Amerikas fällt das Verdienst zu, die starken Wellen der Entrüstung in die richtigen Kanäle gelenkt zu haben. Sie haben den amerikanischen Massen klargemacht, daß der deutsche Machtwechsel nicht

das Problem politischer oder Rassenminderheiten, sondern einzig das Problem der Freiheit des deutschen Volkes aufwirft, hinter das alle anderen Erwägungen zurücktreten müssen. Erst wenn sich das deutsche Volk die Freiheit wiedererobert hat, wird es möglich sein, auch dem deutschen Judentum die Rechte wiederzugeben, auf die es Anspruch hat.

Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung unterstützt energisch diese Aufklärungsarbeiten. Die Botschaften, die sie vor und nach den Märzahlen an die deutsche Arbeiterschaft sandte, sind zwar von den Hitlerterroristen unterdrückt worden — aber auch hier gilt das berühmte Wort Lincolns, daß Völker wohl auf kurze Zeit, aber nicht für immer betrogen und genasführt werden können.

Noch ein Wort über das hoffnungslos im Spießbürgersumpf versunkene bürgerliche Deutschamerikanertum. Mit echt amerikanischer Fixigkeit ist sein Sprachorgan, die New Yorker Staatszeitung, in Hitlersches Fahrwasser eingeschwenkt. Es bezeichnet sich durch den Mund des Herausgebers als zu 90 Prozent nationalsozialistisch. Der zehnpromzentige Vorbehalt bezieht sich — merkt du was, lieber Leser? — auf die Judenverfolgungen, einfach weil doch die aufrechten Neudeutschen auf die jüdische Kundschaft Rücksicht nehmen müssen.

Immerhin hat auch hier bei den Deutschen das Nazitum festen Fuß fassen können und ist gegenwärtig munter dabei, die zahlreichen Verbände und Institutionen nach berühmtem Muster gleichzuschalten. Die Bürde des Kampfes liegt bei der deutschsprachigen klassenbewußten Arbeiterschaft Amerikas, deren Wochenblatt, die „Neue Volkszeitung“, — die Nachfolgerin der weitbekannten „New Yorker Volkszeitung“ — eine tapfere Klinge gegen das mit nationalsozialistischen Schlagworten aufgeputzte Verbrechen hüten und drüben führt. Die verfolgten Kämpfer in Deutschland dürfen sich dessen bewußt sein, daß auch die Sozialisten Amerikas in Treue zu ihnen stehen.

Turner gegen Hitler

Der Kongreß des bürgerlichen Deutsch-Amerikanischen Turnerbundes in Eikhart lake, Wis., nahm auch zu den Verhältnissen in Deutschland Stellung. Er nahm eine Resolution an, in der scharf gegen die Rede-, Gewissen- und Presseunterdrückung Stellung genommen wird. Als eines Turners unwürdiges Verhalten sah man das feige Zu-Kreuzekriechen der deutschen Turnerschaft an.

Dem aufgelösten und zerschlagenen Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbund wurde vollste Sympathie ausgesprochen.

Hitler und Cromwell

Amerika lacht über den „Führer“

Hitler hat vor einiger Zeit einer Dame eine Unterredung gewährt, die u. a. auch in „New York Times“ veröffentlicht wurde. Die Dame hatte Hitler gefragt, wer seine historische Lieblingsgestalt sei: Cäsar, Napoleon oder Friedrich der Große, worauf Hitler geantwortet hatte, er bewundere am meisten Cromwell, der das Parlament abgeschafft und das englische Volk geeinigt habe.

Mit dieser Weisheit des „Führers“ setzt sich nun „New York Times“ in amüsanten Weise auseinander. Das amerikanische Blatt sagt: Hitler scheine vergessen zu haben, daß Cromwells erstes und größtes Werk die Abschaffung des Königs Karl I. gewesen sei, der zuvor das Parlament abgeschafft hatte und dafür hingerichtet wurde. Wenn Hitler wirklich glaube, daß Nazisystem für alle Ewigkeit auf die Beine gestellt zu haben, so sei Cromwells Parlamentsfeindschaft ein übles Vorzeichen, denn gleich nach Cromwells Tod kam das Parlament wieder und dann kam die glorreiche Revolution von 1688, die die Souveränität des Parlaments stabilisierte und dabei sei es jetzt seit 250 Jahren geblieben.

Aber noch in einer anderen Beziehung findet „New York Times“ die Berufung Hitlers auf Cromwell als Vorbild recht unglücklich. Cromwell war nämlich der Mann, der den Juden

Scheitern der Wirtschaftskonferenz

Das amerikanische Experiment

Die größte Weltkonferenz aller Zeiten hat den größten Bankrott aller Zeiten erlebt — das ist das Wort, das man der Londoner Wirtschaftskonferenz nachrufen muß. Und dieser Zusammenbruch ist von historischer Bedeutung. Stellte sie doch den Versuch der Regierungen dar, die kapitalistische Krise, die durch ihre eigene Politik immer aufs neue verschärft und verlängert worden war, mit kapitalistischen und bürgerlichen Mitteln zu lösen. Ihr völliges Scheitern verschärft die Krise aufs neue und beweist zugleich die völlige Unmöglichkeit der bürgerlichen Lösungsversuche.

Das Paradoxe, Widerspruchsvolle der Situation bestand von allem Anfang darin, daß die Aufgabe vom bürgerlichen Standpunkte aus klar und eindeutig gegeben war: Herstellung des Vertrauens, des politischen Vertrauens zunächst durch

Sicherung des Friedens.

Aber die resultatlose Vertagung der Genfer Abrüstungskonferenz beweist das Utopische der Friedensbemühungen in einer Zeit, da die Diktaturen durch Uebersteigerung des Nationalismus und durch Aechtung des Pazifismus neue Kriegsgefahr hervorgerufen haben und die Lehre: Jedes Volk ist des anderen Volkes Feind! in die Gehirne ihrer Jugend hämmern. Die politische Spannung, die Furcht vor neuem Krieg war nie größer als zur Zeit, da die Londoner Konferenz begann.

Die Sachverständigen in Genf hatten das wirtschaftliche Programm und die Lösung weitgehend vorbereitet. Zunächst endgültige Erledigung der politischen Schulden, durch die die Krise ohnehin bereits den Strich gemacht hatte. Aber die amerikanischen Steuerzahler, die selbst von der Krise so schwer getroffen sind, verhinderten den Präsidenten der Vereinigten Staaten, auch nur die Diskussion der Schuldentilgungen Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens und der kleinen Staaten zuzulassen, obwohl diese durch die Streichung der ihnen zufallenden deutschen Reparationszahlungen bereits eine fertige Tatsache geschaffen hatten. In einem politisch wie wirtschaftlich gleich wichtigen Punkte war die Konferenz schon vor ihrem Zusammentreten lahmgelegt.

Entscheidend für ihr Schicksal wurde aber das Verhalten Amerikas zu dem anderen Problem, von dessen Lösung nun in der Tat alle anderen Versuche abhingen, der Krise Herr zu werden, zu dem

Problem der Währungsfrage.

England war im September 1931 im Verlauf der ungeheuren Erschütterung, die den ganzen Geld- und Kreditverkehr der kapitalistischen Welt ins Stocken zu bringen drohte, durch die panikartige Zurückziehung der kurzfristigen Guthaben zum Verlassen der Goldwährung gezwungen gewesen. Es hatte dann zwar eine dreißigprozentige Entwertung des Goldpfundes hinnehmen müssen, aber versucht, eine Preissteigerung zu verhindern. Dies gelang in hohem Maß, da infolge der Krise die Preise der wichtigsten Rohstoffe weiter sanken. Im Innern wurde durch weitgehende Sparmaßnahmen, die auch die Sozialausgaben empfindlich verringerten, das Budget ins Gleichgewicht gebracht, während die Bank von England eine einschränkende Kreditpolitik betrieb und so ihrerseits jede inflatorische Wirkung zu hemmen trachtete. Zugleich ging England in Ottawa zur Schutzzollpolitik über und schränkte die Einfuhr in sein Weltreich zugunsten der eigenen Industrien und der Agrarproduktion seiner Kolonien ein. Als Wirkung blieb im wesentlichen, daß die englischen Lohnkosten auf dem Weltmarkt um 30 Prozent verringert waren, während im Innern die Schuldenlasten der Produktion sich ebenfalls verringerten. Dies alles bewirkte eine gewisse Milderung der englischen Krise, natürlich auf Kosten der mit England konkurrierenden Länder, soweit sie am Goldstandard festhielten. Auf der anderen Seite erfuhren die englischen Auslandsanlagen, besonders die festverzinslichen, eine der Geldentwertung entsprechende Wertminderung und die City verlor zunächst die Stellung als internationaler Banquier. Die Engländer blieben sich dabei der Gefahren der Inflation durchaus bewußt und schon vor Eröffnung der Konferenz hatte sich eine Politik der tatsächlichen Stabilisierung des Pfundes mit Hilfe eines großen Stützungsfonds durchgesetzt.

Im schroffsten Gegensatz zur englischen stand von Anfang an

die amerikanische Währungspolitik.

Amerikas Preisgabe der Goldwährung war in keiner Weise durch ökonomische Gründe erzwungen, sondern ein politischer Entschluß. Wie in Deutschland so hat auch in Amerika

die Krise zu einer Rebellion der Mittelschichten gegen den Kapitalismus geführt. Stürmisch verlangten vor allem die überschuldeten Farmer, die im Westen und Mittelwesten genau so wie in Schleswig-Holstein gewaltsam die Versteigerungen zu verhindern begannen, Schuldenherabsetzung und vor allem Preissteigerung. In dem Gebiet der großen agrarischen Ueberschüsse sind aber die protektionistischen Maßnahmen, Zölle, Kontingente, Einfuhrverbote wirkungslos und die Stützungsversuche endeten mit kolossalen Verlusten der Staatskasse. So blieb als einziges Mittel die Preissteigerung durch Geldentwertung, die Inflation. Mit dem Interesse der Farmer verbanden sich die Interessen der mächtigen Rohstoffproduzenten und auch das Interesse der Regierung, die einem 4-Milliardendefizit gegenübersteht, dessen wenigstens teilweise Deckung durch direkte oder indirekte Inanspruchnahme der Notenpresse den politisch bequemsten Weg darstellt.

Die widerstrebenden Interessen der großen Banken und eines Teiles der Industrie wurde um so leichter überrannt, als in dem Lande ohne selbständige politische Arbeiterbewegung und ohne staatliche Sozialpolitik die mittelständlerische Rebellion sich viel ausschließlicher gegen die bisherige großkapitalistische Alleinherrschaft richtete als etwa in Deutschland.

Ausgesprochenes Ziel der amerikanischen Politik war im Gegensatz zu England Preissteigerung. Da die Wirtschaftskrise als Preissturz erscheint, so wollen wir hohe Preise herstellen und die Prosperität ist sicher. Daß diese „hohen“ Preise in Wirklichkeit durch bloße Aenderung des Preismaßstabes herbeigeführt sind und die viel tiefer liegenden Ursachen der Krise gar nicht berühren können, bleibt dabei auch den Befürwortern der Inflation nicht ganz verborgen. Daher die Ergänzung des Inflationsprogrammes durch ein planwirtschaftliches Experiment allergrößten Umfangs.

In dem Lande des ausgeprägtesten Manchesterliberalismus, in dem die Trustgesetzgebung, allerdings mit geringem Erfolg, die Freiheit der Konkurrenz gegen die kapitalistische Monopoltendenzen zu schützen trachtete, in denen das bescheidenste soziale Versicherungsgesetz als verwerflicher Sozialismus, als Frevel gegen das heilige Gebot der Selbstverantwortung galt, in dem das Dogma der Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft unerschütterlich schien, erhält der Präsident von dem Parlament, das bis dahin am eifersüchtigsten von allen seine Rechte gegenüber der Exekution wahrgenommen hatte, Ermächtigungsgesetze, die ihn zum unumschränkten Wirtschaftsdiktator erheben. Es ist in einer ganz kurzen Zeitspanne eine völlige Revolution der bisher herrschenden Ideologie durch die Veränderung der ökonomischen Verhältnisse — einer der eklatantesten Beweise der Richtigkeit der marxistischen Geschichtsauffassung.

Die Krise soll also ohne Sozialismus, aber durch weitgehendste Eingriffe der Staatsmacht überwunden werden. Der Staat will den Landwirten 8 Prozent ihres Bodens abpachten, um sie brachzuliegen, und so die Ueberproduktion beseitigen. Industrie und Eisenbahnen sollen neu organisiert werden. Zwangskartelle sollen geschaffen werden, um die Produktion zu regulieren und die Preise zu erhöhen. Aber diese Preiserhöhung soll nicht auf Kosten der Arbeiter erfolgen. In den vom Staate regulierten Industrien soll die Arbeitszeit für Arbeiter auf 40, für Angestellte auf 35 Stunden herabgesetzt, es sollen

Minimallöhne eingeführt,

das Lohnniveau allgemein der Dollarentwertung, die jetzt etwa 30 Prozent beträgt, angepaßt werden. Gleichzeitig sollen in größtem Maßstabe öffentliche Arbeiten unternommen werden, für die die Notenbank bis zu drei Milliarden Dollar Kredite (d. h. Noten) zur Verfügung stellen soll.

Während aber die Einschränkung der Agrarproduktion auf den Widerstand der Bauern stößt in dem Moment, in dem die Preise rasch ansteigen; während die Industriepäne erst eingeleitet werden und Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung und Neueinstellung dem Widerstreben der Unternehmer begegnen, hat die Inflation, die ja im Gegensatz zur englischen Währungspolitik die rasche Preissteigerung anstrebt, sofort ihre Wirkung ausgeübt. Eine fessellose Spekulation ist entstanden, die die Preise der Rohstoffe und die Aktienkurse weit über die Dollarentwertung hinaus in die Höhe getrieben hat, gestützt durch die Flucht in die Sachwerte und begleitet von einer zunehmenden Kapitalflucht.

Diese spekulative Preissteigerung hat aber

bereits in ihren Anfängen die Londoner Konferenz gesprengt. So lange der Dollar unbekanntem Schwankungen ausgesetzt ist, ist nicht nur der internationale Kreditverkehr mit dem wichtigsten Gläubigerland unterbrochen, es ist überhaupt jede sichere Beurteilung der Konkurrenzverhältnisse auf dem Weltmarkt unmöglich. Die Gefahr des Valutadumpings erhebt sich, obwohl vermindert durch die spezifische Form der amerikanischen Inflation mit ihrer Tendenz die Preise noch über die Dollarentwertung hinaus zu erhöhen. Daher das Verlangen aller anderen Länder an die Vereinigten Staaten nach einer neuen Stabilisierung des Dollars, wenigstens einer vorläufigen, während der Dauer der Konferenz. Aber die bloße Erwägung einer Stabilisierung bewirkte sofort einen starken Rückgang der Preise und Aktienkurse. Roosevelt, der nach seinen eigenen Worten ursprünglich in der Stabilisierung der Währungen eine Hauptaufgabe der Konferenz erblickt hatte, konnte politisch diesen Standpunkt nicht mehr festhalten. In schroffster Form lehnte er jede Stabilisierung ab. Die Engländer, schon durch ihre Dominions auf das engste mit dem amerikanischen Wirtschaftsleben verbunden, konnten angesichts dieses Verhaltens sich auf eine Bindung ihrer Währungspolitik nicht einlassen. Statt mit der Stabilisierung, mit einer Festigung des internationalen Kredit-, Geld- und Preismechanismus endet die Konferenz mit neuer Unsicherheit und den Gefahren neuer schwerer Erschütterungen.

Denn die Ablehnung der Neuordnung der Währungen bedeutete zugleich das Scheitern eines dritten entscheidenden Problems der Konferenz, der

Verständigung über die Handelspolitik, über die Einschränkung der Handelshemmnisse und der Autarkietendenzen. Die Schutz-zollinteressenten beriefen sich auf die Gefahren des neuen Valutadumpings und die Beratungen gegen die fortschreitende Zerschlagung der Weltwirtschaft kamen gar nicht erst in Gang. Aber auch die Bestrebungen über die Anpassung der Produktion der wichtigsten

Rohstoffe an den Bedarf zu Vereinbarungen zu kommen, litten unter der verstärkten Unsicherheit und haben nur zu unverbindlichen Empfehlungen geführt.

Die Konferenz wird am 27. Juli vertagt — die Fortsetzung bleibt ungewiß — ein großer Aufwand schmachlich ward vertan.

Die weitere Entwicklung aber hängt vom Verlauf des amerikanischen Experiments ab. Hier hat aber die Inflation bereits zur ersten Krise geführt.

Am 20. und 21. Juli erfolgte zunächst ein Preissturz auf dem Weizenmarkt, auf dem über die Hälfte der Steigerung in dem letzten Vierteljahr verloren ging. Ihm folgte der Kurseinbruch auf dem Aktienmarkt auf dem Fuße. Die Panik wird als die ärgste seit 1929 bezeichnet.

Amerika steht eben in kürzester Zeit vor dem unausweichlichen Dilemma jeder Inflation: solange ihre Fortsetzung erwartet wird, erfolgt die Flucht in die Sachwerte; sie führt zu einer vorübergehenden Belebung der Produktion und treibt die Preise über die Geldentwertung hinaus; wird der weiteren Entwertung Einhalt getan, dann stürzen die überhöhten Preise zusammen, die Produktion stockt, die Stabilisierungs- und Deflationskrise ist da und in der jetzigen Zeit — mitten in der fortdauernden Krise — kann sie diese nur verschärfen. In Amerika bedroht das Inflationsexperiment zugleich auch die planwirtschaftlichen Maßnahmen, vor allem die Arbeitsbeschaffung, während es die Unsicherheit in der übrigen Welt des Kapitalismus aufs neue gesteigert und die Krise verschärft hat. Der Einfluß des rebellierenden Mittelstandes auf die Wirtschaftspolitik erweist sich so als zerstörendes und zersetzendes Element, geeignet, die Widersprüche des Kapitalismus auf das Unerträglichste zu steigern, ohne imstande zu sein, sie zu lösen. Aber das Scheitern auch dieser Versuche wird die Bahn frei machen für die Ueberwindung des kapitalistischen Systems durch den Sozialismus der Arbeiterklasse.

Dr. Richard Kern.

Französische Parteikrise Deutschland im Hintergrund.

V. Sch. Paris, 18. Juli.

Französische Parteitage verlaufen fast immer dramatisch, einmal wegen der traditionellen Richtungsgegensätze, die durch das französische Temperament oft noch schärfer in Erscheinung treten als in anderen Ländern, ferner aber auch dank der hinreißenden rhetorischen Gaben der prominenten Redner, an denen das öffentliche Leben in diesem Lande und nicht zuletzt in der sozialistischen Partei seit jeher so reich ist. Wenn aber dieser sozialistische Kongreß, der nach viertägiger Dauer einen bewegten, tragischen und doch nicht hoffnungslosen Abschluß gefunden hat, die Leidenschaften ganz besonders aufwühlte, so lag das nicht nur an dem aktuellen Gegensatz zwischen den taktischen und sogar grundsätzlichen Auffassungen der verschiedenen Richtungen, sondern weit mehr noch an der tiefen Unruhe, die die politische und wirtschaftliche Krise der Welt überall und besonders in den Reihen des Proletariats ausgelöst hat. Diese Krise des französischen Sozialismus ist eine Krise des internationalen Sozialismus, die durch die Ereignisse in Deutschland gewaltig gesteigert worden ist. Die Niederlage der deutschen Sozialdemokratie hat das Gespenst des Faschismus auch in solchen Ländern mit alten demokratischen Traditionen aufsteigen lassen, die sich dagegen bisher immun fühlten. Der Sieg Hitlers und die sich häufenden Nachrichten über eine kaum mehr verborgene Aufrüstung Deutschlands haben das andere bedrückende Gefühl ausgelöst, daß Europa einem neuen Krieg entgegenginge.

Das ist die wahre, tiefe Bedeutung des Konflikts zwischen der Mehrheit der französischen Partei und der Mehrheit der Parlamentsfraktion. Die Parteimehrheit warf der Fraktion Disziplinbruch vor, weil sie entgegen dem Geist eines drei Monate zuvor in Avignon gefaßten Kongreßbeschlusses für die Regierung Daladier und für deren Etat gestimmt hatte. Die Fraktionsmehrheit dagegen behauptete, daß sie diese Linksregierung im Interesse des Kampfes gegen die faschistische und gegen die Kriegsgefahr hätte stützen müssen.

Streitigkeiten persönlicher Art hatten diesmal schon vor dem Kongreß auf allen Seiten

eine unerhörte Erbitterung entstehen lassen. Die absolute Mehrheit für den linken Flügel unter Führung von Paul Faure und Zyromski, der ein kategorisches Tadelsvotum gegen die Fraktion verlangte, stand infolge des Systems der gebundenen Mandate von vornherein fest. Darauf hatten Renaudel und seine Freunde erklärt, daß sie einen solchen Tadel nicht annehmen würden, weil sie ihn für ungerecht hielten und weil sie darin den Willen zur Spaltung erblickten.

Gegenüber dieser beiderseitigen Festlegung, die dieses Mal wirklich die Gefahr einer Spaltung in sich barg, versuchten Vincent Auriol und Jean Longuet mit Unterstützung von Leon Blum einen vermittelnden Standpunkt einzunehmen. Einen kurzen Augenblick schien es sogar, als ob es dieser Gruppe gelingen würde, eine Versöhnung herbeizuführen. Sie wurden darin durch die große Rede unterstützt, die Vandervelde im Namen der gesamten Internationale am ersten Kongreßtag hielt, in der er zwar für die Unterordnung der Minorität unter den Willen der Parteimehrheit plädierte, andererseits aber auch dem rechten Flügel gegenüber zugab, daß die internationale Lage so ernst sei, daß man heute die letzten Hochburgen der demokratischen Freiheit mit besonderer Wachsamkeit verteidigen müsse.

Sein pathetischer Appell an die französischen Genossen, heute mehr denn je ihre Einheit zu wahren, machte im Augenblick auf den Kongreß einen tiefen Eindruck, vermochte sich aber auf die Dauer insofern nicht durchzusetzen, als schon wenige Stunden danach die Gegensätze mit unerhörter Wucht aneinanderprallten.

Interessant war es übrigens, wie jede Richtung aus den Ereignissen in Deutschland Lehren zugunsten des eigenen Standpunktes zu ziehen versuchte. Einmal war es Paul Faure, der meinte, daß, wenn die deutsche Sozialdemokratie sich nicht seit zehn Jahren im Schlepptau der bürgerlichen Parteien befunden hätte, es niemals zum Siege des Nationalsozialismus gekommen wäre. Freilich mußte bald danach derselbe Paul Faure zugeben, daß Revolutionen im landläufigen Sinne nicht mehr möglich seien, denn er wisse genau, „was zweihundert Maschinengewehre in den Händen der Zentralgewalt bedeuten“. Gerade im Munde des Führers jener Genossen, die die Koalitionspolitik der deutschen Sozialdemokratie nachträglich am stärksten kritisieren und ihren Mangel an gewaltsamen Widerstand nach dem 20. Juli 1932 oder nach dem 20. Jän-

ner 1933 am schärfsten zu tadeln pflegen, war diese Feststellung recht interessant.

Auf der anderen Seite wiederum waren es Renaudel, Georges Weill und andere, die darauf hinwiesen, daß der Sieg Hitlers eine internationale Lage geschaffen habe, die die französische Arbeiterklasse vor eine ganz besondere Verantwortung stelle.

Die Schilderung des grauenhaften Todes von Johannes Stelling durch Vanderfelde, die Darstellung der entsetzlichen Leiden der deutschen Arbeiterklasse durch Grumbach haben in dem sonst so gespaltenen Kongreß einen einmütigen Ausdruck der Abscheu ausgelöst. Aber bezüglich der Lehren, die aus diesen furchtbaren Geschehnissen zu ziehen wären, blieb die Partei bis zuletzt geteilter Meinungen. Ein letzter Versöhnungsversuch von Leon Blum blieb vergeblich. Die Mehr-

heit bestand auf ihrem Tadelsvotum, das der rechte Flügel auf keinen Fall hinnehmen wollte. In einer Schlußerklärung hat allerdings Renaudel mit einem taktisch geschickten Schachzug angekündigt, daß er und seine Freunde gegen dieses Urteil vor der Internationale Berufung einlegen würden.

Für die internationale Konferenz, die im nächsten Monat in Paris zusammentritt, wird es keine leichte Aufgabe sein, als Schiedsrichter zwischen den verschiedenen Richtungen der französischen Partei Stellung zu nehmen. Immerhin wird dadurch Zeit gewonnen und gerade die Austragung dieser Gegensätze vor dem Forum der Internationale wird hoffentlich dazu beitragen, daß das große Unglück einer Spaltung der französischen Sozialistischen Partei in der heutigen kritischen Zeit abermals vermieden wird.

Henderson bei Hitler

Die „Internationale Information“ schreibt:

Die Arbeiter in allen Ländern werden durch die Nachricht, daß Arthur Henderson am 20. Juli nach München gekommen ist, um Adolf Hitler zu besuchen, in tiefste Bestürzung versetzt.

Wir wissen, daß Henderson nicht als Sekretär der Labour Party, sondern als Präsident der Abrüstungskonferenz seine Reise unternommen hat. Wir wissen, daß ihn in dieser Funktion nicht grausen darf vor dem Umgang mit Canailen aller Art und daß er in diesem Pflichtbewußtsein zu Mussolini und schließlich sogar zu Hitler gereist ist. Wir kennen die persönlichen Gefühle Arthur Hendersons gegenüber den Diktaturen, wir wissen, mit welcher Energie er, zur Zeit, als er Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiter-Internationale war, gegen die Verfolgungen in Horthy-Ungarn, in Pilsudski-Polen und in anderen Ländern der Knechtschaft protestiert hat, wir erinnern uns an die zahlreichen Kundgebungen gegen das Unterdrückungssystem Mussolinis und nicht zuletzt an seine eindringliche Rede bei der Enthüllung des Denkmals Matteottis in Brüssel. Wir wissen, daß er noch kurz vor dem Antritt seiner Rundreise durch eine namhafte persönliche Spende an den Matteottifonds mit der ausdrücklichen Widmung für Deutschlands Arbeiterklasse seinen Gefühlen für die Opfer des Hitlertums offenen Ausdruck gegeben hat. Wir wissen, daß alles, was Henderson tut, aus kristallklarem Gewissen entspringt, daß er bei seiner Reise einzig und allein das Motiv hatte, der Sache des Friedens zu dienen, aber obwohl wir dies alles wissen, bleibt die tiefe, schmerzliche Erschütterung nicht nur der unmittelbaren Opfer des deutschen Faschismus, sondern aller, die sich mit ihnen solidarisch fühlen.

Für uns ist es kein Trost, daß die Kommunisten als Beherrscher Sowjetrußlands noch ärgeres getan haben, daß sie sich über die Gefühle ihrer in den deutschen Kerkern schmachtenden Genossen hinweggesetzt und mit dem Hitlerregiment den Frieden- und Freundschaftsvertrag erneuert haben, daß sie im Interesse der Handelspolitik Sowjetrußlands ihre Anhänger in allen Ländern davon abhalten, sich an der Boykottbewegung gegen Hitlerdeutschland zu beteiligen.

Alle Mächte der Welt sind gezwungen, es in den Kauf zu nehmen, daß Hitler heute Deutschland repräsentiert. Hitler zeichnet den Viermächte-Pakt neben Frankreich und England, Hitler schließt das Konkordat mit dem Papst, Hitler erneuert den Frieden- und Freundschaftsvertrag mit Sowjetrußland, die Gesandten aller Länder der Erde sind in Berlin und verkehren nach allen Regeln der Diplomatie mit Hitler, trotz alles Hasses und aller Verachtung, die das Schandgericht der Barbarei allen zivilisierten Menschen einflößt.

Das, was die Kommunisten im Interesse der Handelspolitik Sowjetrußlands tun, das glaubt Henderson im Interesse des Gelingens der Abrüstung tun zu müssen. Er sieht nur die eine große Aufgabe, die ihm heute als Präsident der Abrüstungskonferenz auferlegt ist, er sieht nicht den Widerspruch, in den er gerät zu den elementarsten Gefühlen der Arbeiter aller Länder.

In diesem Deutschland des Grauens, wo die Barbarei auf die Spitze getrieben wird durch das System, schuldlose Anverwandte als Geiseln auszuheben, in diesem Deutschland, das durchbebt ist von den blutigen Schauern des Terrors, von den sinnlosen Massenschlächtereien, wie sie unmittelbar vor Hendersons Eintreffen in Köpenick und Braunschweig stattfanden,

in diesem Deutschland gibt es für Vertreter der Arbeiterklasse keine Hoffnung auf die Möglichkeit der Bekehrung Hitlers, sondern ist einzig wahr, was das Manifest des Vereinigten Nationalrates der Britischen Arbeiterbewegung sagt: „Diese aller Gefühlsregungen bare Tyrannei muß mit anderen Waffen bekämpft werden.“

Niemand zweifelt an Hendersons gutem Glauben, niemand darf seine Motive, der Abrüstung und dem Frieden zu dienen, in Frage stellen. Aber jeder, der weiß, was die Arbeiterbewegung Großbritanniens und der ganzen Welt dem Lebenswerk Arthur Hendersons verdankt, wird es auf das schmerzlichste empfinden, daß er nun in den tragischen Konflikt gerät, sich mit den unmittelbarsten Gefühlen, die heute die antifaschistische Welt erfüllen, in Widerspruch zu setzen.

Labour ruft zum Boykott

Der Vereinigte Nationalrat, der den Gewerkschaftskongreß, die Arbeiterpartei und die parlamentarische Fraktion der Arbeiterpartei vertritt, wendet sich in einem Manifest unter dem Titel: „Aechtung deutscher Waren und deutschen Verkehrs“ an die Arbeiter mit der Aufforderung, den längst beschlossenen Boykott wirksam zu gestalten. Das Manifest sagt:

Gegenüber Hitlers Herrschaft haben die gewöhnlichen Methoden des Protestes und des Aufrufes versagt. Diese unsinnige Tyrannei muß mit anderen Waffen bekämpft werden.

Viele Artikel deutscher Herstellung werden in unserem Lande verkauft. Haushaltsartikel verschiedener Art, photographische und optische Materialien, Uhren usw., wollene und andere Textilwaren, Spitzen und Garnituren, Lederwaren (einschließlich Schuhe und Stiefel), Schreibleistungen usw., Motor- und Radteile, elektrische Apparate, Musikinstrumente und eine Menge anderer Artikel für den gewöhnlichen Gebrauch, werden weithin vertrieben. Gewisse Artikel für den häuslichen Konsum, wie Gemüse, besonders Kartoffeln, Konserven, Wein und Bier werden ebenfalls von Deutschland eingeführt. Deutsche Filme werden in britischen Lichtspielhäusern gezeigt. Deutscher Schiffsdienst und deutsche Sehenswürdigkeiten werden weithin angekündigt.

Der Vereinigte Nationalrat ruft alle auf, die mit den englischen Arbeitern das Entsetzen und den Abscheu gegenüber der Zerstörung menschlicher Freiheit und bürgerlicher Rechte in Deutschland teilen, bis zur weiteren Bekanntgabe den Kauf und die Benutzung dieser Waren, sofern man ihren deutschen Ursprung nachweisen kann, ebenso wie die Inanspruchnahme des deutschen Verkehrs zu unterlassen. Wir fordern die Arbeiter auf, den Ladeninhabern und anderen Verkäufern beim Kauf der Waren durch ihre Fragen Klarheit darüber zu geben, daß sie nicht von einem Lande kaufen sollen, dessen Regierung das Gewissen der Welt verletzt hat.

Der Grund unseres Vorgehens ist, der deutschen Regierung und ihren Helfern die Empörung zu zeigen, die die Menschheit wider diese Schändung und Zertretung der Grundsätze der Zivilisation empfindet.

Wir ersuchen die englischen Arbeiter, die Aechtung so wirksam zu gestalten, daß das deutsche Volk den „Hitlerismus“ von sich wirft und zu den Wegen der Freiheit und Demokratie zurückkehrt.

Der Vereinigte Nationalrat erläßt einen weiteren besonderen Aufruf zur Sammlung von Hilfsmitteln für die Arbeiter Deutschlands, die unter Hitlers Druck leiden. Sammelkarten werden an alle Organisationen, die mit dem Gewerkschaftskongreß und der Arbeiterpartei in Verbindung stehen, ausgegeben.

Das Nazi-Hexeneinmaleins

Aus 242 Mark mache 4000 Mark — und der Bonze ist blamiert!

Der sogenannte „Informationsdienst“, das Mitteilungsblatt der NSBO-Pressstelle, brachte in seiner Nr. 24 vom 8. Juli einen Brief Theodor Leiparts, des Vorsitzenden des A. D. G. B. mit dem Datum des Jänner 1921, worin Leipart von Stuttgart aus an den Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes schreibt, daß er die Berufung als Vorsitzender des A. D. G. B. annehme. Dabei legt er auch seine materiellen Verhältnisse dar und gibt die Posten seines Einkommens in Stuttgart näher an. Darnach bezog er monatlich vom Holzarbeiterverband . . . 2120 Mk. Ruhegehalt als Minister a. D. . . . 1320 Mk. Aufwandsentschädigung als Landtagsabgeordneter 450 Mk. Summe . . . 3890 Mk.

Leipart weist dann darauf hin, daß sich in seiner Berliner Stellung sein monatliches Einkommen von 4000 Mk. auf 2540 Mk. verringern würde.

So teilt es der „Informationsdienst“ den nationalsozialistischen Betriebsfunktionären mit, die damit wieder neues Material über die korrupten marxistischen Bonzen in den Händen haben, mit dem sie in den Betrieben arbeiten werden. „Seht, so haben sie es getrieben! Derartige Gehälter haben sie sich aus den Arbeitergroschen zahlen lassen. Und wenn sie eine neue Funktion übernehmen sollten, dann sicher-ten sie sich zuvor ihre fetten Bezüge! Das war die Opferbereitschaft der gefeierten Führer!“

Der ehrenwerte Hauptschriftleiter Hans Biallas spekuliert bei seinem Gaunertrick darauf, daß seine Leser die Jahreszahl des Briefes übersehen. Oder er hofft, daß die jungen Leute nichts von der Inflation wissen, die im Jahre 1921 schon weit vorgeschritten war.

Der erbärmliche Demagog rechnet damit, daß keiner der von ihm „informierten“ Betriebszellenfunktionäre den Unterschied zwischen der Papiermark von 1921 und der heutigen Reichsmark kennt. Er erwartet sogar, daß die Leser den Betrug nicht merken und Papiermark gleich Reichsmark setzen werden.

Wir stellen deshalb fest: Der Dollar stand am 3. Jänner 1921 auf 74.50 Papiermark. Nach der amtlichen Goldunrechnungstabelle (die den Markwert nach dem arithmetischen Mittel von Dollarindex und Großhandelsindex beziffert), waren vom 1. bis 10. Jänner 1921 100 Papiermark gleich 6.05 Goldmark. Mithin hatte ein monatliches Einkommen von 4000 Papiermark damals nach dieser Tabelle einen Goldwert von 242 Mark.

Wir möchten an den „Informationsdienst“ die interessante Frage richten, welcher von den nationalsozialistischen Bonzen sich heute mit einem Monatsgehalt von 242 Mark begnügt?!

Laßt euch nichtschenken!

Mit der ihm eignen Schleimseligkeit verkündete Dr. Ley auf der Tagung der schlesischen Arbeitsfront:

„Um deine Seele, deutscher Arbeiter, haben wir lange gekämpft und kämpfen wir noch. Wir wollen aus dir einen stolzen Menschen machen, der sich seines Wertes im Volk bewußt ist, und wir wollen die Minderwertigkeitsgefühle ausrotten, die man dir eingepflanzt hat.“

Ach so! Die Minderwertigkeitsgefühle sollen ausgerottet werden — deshalb werden im dritten Reich abertausend Arbeiter gepeitscht, mißhandelt, gedemütigt?! Nur Sadisten können auf den Gedanken kommen, mit Gummiknüppel, Rhizinusöl, Stahlrute und Revolver sein hochwertige Menschen zu züchten. Nur Sadisten können glauben, durch Prügel werde ein Volk stolzer und selbstbewußter. Aber die Arbeiterschaft wird sich das Rezept merken, wird die Machthaber von heute der-einst nach ihren eigenen Methoden erziehen. Die Herren um Hitler dürfen sicher sein, daß ihnen die erwiesenen Wohltaten mit Zins und Zinseszins zurückgezahlt werden: deutsche Arbeiter sind viel zu stolz, als daß sie sich etwas schenken ließen.

Bei einer Kundgebung der nationalsozialistischen Betriebsorganisation Magdeburg sprach Oberbonze Dr. Ley vor Arbeitern folgendermaßen für das „freiwillige“ Opfer zur Arbeitsbeschaffung:

„Nicht der Reichtum, nicht das Geld oder der Genuß machen das Leben lesenswert. Es ist erst dann groß und gewaltig, wenn es erfüllt ist von dem heiligen Geist des Opfers.“

Das sagte Ley nicht den Herren Thyssen und Konsorten, sondern ausgepowerten Proletariern! Das sagt ein neudeutscher Staatsrat, dessen Leben im III. Reich lebenswert gemacht wird durch eine Aufwandsentschädigung von monatlich 1000 Mark! Wofür diese Arbeiterzertreter bereit sind, die Proleten den kapitalistischen Ausbeutern zu opfern. Denn jeder Lump opfert auf seine Weise!

Nur der Mund . . .

In einer Tagung des Verbandes sächsischer Industrieller erklärte der Vorsitzende Wittke: „Der Reichskanzler wisse, daß von heute auf morgen zwar der Mund umlernt, aber nicht das Herz“.

ABONNEMENTSPREISE

ab 1. August 1933

	Einzelnummer	Quartal		Einzelnummer	Quartal
Tschechoslowakei	Kč 1.40	Kč 18.—	Ausland	Kč 2.—	Kč 24.—
Preis für die einzelnen Länder — Valutaschwankungen vorbehalten —:					
Belgien	Frs. 2.—	Frs. 24.—	Litauen	Lit. 0.55	Lit. 6.60
Bulgarien	Lew 8.—	Lew 96.—	Luxemburg	Belg. Frs. 2.—	Belg. Frs. 24.—
Dänemark	Kr. 0.40	Kr. 4.80	Norwegen	Kr. 0.35	Kr. 4.20
Danzig	Guld. 0.30	Guld. 3.60	Oesterreich	Schill. 0.40	Schill. 4.80
Deutschland	Mk. 0.25	Mk. 3.—	Palästina	Mils 18.—	Mils 216.—
Estland	Estn. Kr. 0.22	Estn. Kr. 2.64	Polen	Zloty 0.50	Zloty 6.—
Finnland	Fmk. 4.—	Fmk. 48.—	Portugal	Escudo 2.—	Escudo 24.—
Frankreich	Frs. 1.50	Frs. 18.—	Rumänien	Lei 120.—	Lei 10.—
Großbritannien	d. 4.—	sh. 4.85	Saargebiet	Frs. Fr. 1.50	Frs. Fr. 18.—
Holland	Gld. 0.15	Gld. 1.80	Schweden	Kr. 0.35	Kr. 4.20
Italien	Lir. 1.10	Lir 13.20	Schweiz	Frs. 0.30	Frs. 3.60
Jugoslawien	Din. 4.50	Din. 54.—	Spanien	Pes. 0.70	Pes. 8.40
Lettland	Lat. 0.30	Lat. 3.60	Ungarn	Pengö 0.35	Pengö 4.20
			U. S. A.	Doll. 0.08	Doll. 0.96

Aufgaben des »Neuen Vorwärts«

Ein Begrüßungsschreiben von Karl Kautsky

Es wird in der ganzen sozialistischen Arbeiter-Internationale niemand geben, der nicht das Erscheinen des „Neuen Vorwärts“ mit lebhafter Freude begrüßt hätte. Besonders frohe Erwartungen mußte er aber bei jenen alten Genossen erwecken, die noch seinen Vorgänger, den Züricher „Sozialdemokrat“, gekannt oder gar an ihm gewirkt hatten, wie das dem Schreiber dieser Zeilen vergönnt war.

Eine scharfe Waffe des Kampfes gegen die Bedränger unserer Partei, eine Waffe des Sieges war der „Sozialdemokrat“ unter dem Sozialistengesetz von 1879 bis 1890 gewesen. Eine ebensolche Waffe wird der „Neue Vorwärts“ in der Zeit des Dritten Reiches sein, die hoffentlich weniger lange dauern wird. Hitler ist kein Bismarck!

Allerdings ist seit dem Beginn des Sozialistengesetzes mehr als ein halbes Jahrhundert verflossen. Die Aufgaben, die dem „Neuen Vorwärts“ gestellt werden, sind weit komplizierter und schwieriger. Dafür wird aber auch ihre Lösung weit gewaltigere Wirkungen nach sich ziehen, als der Sieg der Sozialdemokratie 1890 hervorbrachte.

Natürlich muß der „Neue Vorwärts“ ebenso wie es der alte „Sozialdemokrat“ gewesen, in erster Linie ein Organ des Kampfes sein gegen alle Ausbeuter und Bedränger des arbeitenden Volkes. Aber bereits der Züricher „Sozialdemokrat“ war noch mehr und dasselbe gilt für den „Neuen Vorwärts“. Jede sozialistische Zeitung hat nicht bloß ein Organ der Aufklärung. Es soll die bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen zeigen, wie sie sind, unverzerrt, wahrheitsgemäß. Eine herrschende Minderheit kann ein Interesse daran haben, die Volksmassen zu betrügen. Eine Partei, die das Volk befreien will, wird ihre Zwecke nie durch die Erweckung von Illusionen erreichen.

Die Aufgabe genauer und richtiger Information ist für jedes sozialistische Blatt gegeben. Sie wird besonders wichtig, aber auch besonders schwierig für ein Blatt von Emigranten, die von einem demokratischen Lande aus auf das eigene Volk wirken wollen, in dem jedes freie Wort geächtet wird. Für einen Bewohner des Deutschen Reiches ist es heute nahezu unmöglich zu erfahren, wie es im eigenen Lande aussieht. Nur aus dem Ausland kann er ein Bild der gesamten inneren und äußeren Lage erhalten. Mehr als der normalen Parteipresse des Auslandes wird der Redaktion des „Neuen Vorwärts“ die Aufgabe zufallen, die deutschen Arbeiter über die Verhältnisse im Reich zu informieren.

Nicht minder wichtig ist das Werk der Organisation. Schon das Sozialistengesetz schloß jede legale Organisation der Arbeiter aus. Noch weit mehr gilt das für das Dritte Reich. Die Erfahrungen des Sozialistengesetzes zeigten, daß eine illegale Organisation zunächst nur im engsten Kreise möglich war. Gerade der Erfolg gefährdet sie. Je mehr sie sich ausdehnt, desto größer ist die Gefahr der Entdeckung. Unter dem Sozialistengesetz kamen wir über lokale geheime Organisationen nicht heraus. Aber diese bedürfen zentraler Stellen, mit denen sie in dauernder Verbindung stehen, sollen die Aktionen im ganzen Reiche einheitlich sein.

Unter dem Sozialistengesetz gab es zwei solche Stellen: Eine im Reich selbst, die Reichstagsfraktion, eine jenseits der Grenze, den „Sozialdemokrat“. Noch galt die Immunität der Abgeordneten. Diese bildeten von selbst einen legalen Verein, ohne sich erst als solcher konstituieren zu müssen. Heute besteht keine Fraktion mehr, die als Parteileitung fungieren könnte. Eine solche kann bis auf weiteres nur im Auslande ihren Sitz haben.

Für das zentrale Parteiorgan bestand diese Notwendigkeit schon unter dem Sozialistengesetz. Die Fraktion fühlte mitunter sich und die Partei durch die Sprache des „Sozialdemokrat“ bedroht und lehnte jede Verantwortung für ihn ab. Er war kein offizielles Zentralorgan, wirkte aber als solches durch das Vertrauen, das er bei den Arbeitern gewann.

Wie der „Sozialdemokrat“ verfügte auch die Reichstagsfraktion nur über moralische Mittel zur Wahrung der Einheit der Partei. Trotzdem und trotz mancher Unstimmigkeiten zwischen den beiden

Faktoren und trotz rühriger Zersetzungsarbeit von Anarchisten und Lockspitzeln ist es den beiden genannten Faktoren doch gelungen, die Einheit der Partei unter den schwierigsten Verhältnissen zu erhalten. Es muß auch jetzt wieder gelingen, obwohl die Bedingungen heute noch ungünstiger sind als vor einem halben Jahrhundert. Die Parteileitung muß im Ausland sitzen, die Verbreitung des Parteiorgans ist weit schwerer als damals, und die Zahl der verschiedensten Bewerber um die Seele des Proletariats ist weit größer.

Eng verbunden mit dem Streben nach Einheit ist das nach Klarheit. So wichtig die organisatorische Einheit ist, so ist sie doch nicht ausreichend und zu wenig gefestigt, wenn sie nicht Hand in Hand geht mit geistiger Uebereinstimmung. Diese wird aber um so eher erreicht, je größer die Klarheit des Denkens ist.

Im Nebel der Konfusion laufen vorwärtsmarschierende Gruppen am leichtesten auseinander. Und dieser Nebel ist augenblicklich sehr dicht.

Die letzten Jahrzehnte haben das klare Denken nicht sehr begünstigt. Sie haben in der heranwachsenden Jugend im allgemeinen den Tatendrang stärker entwickelt als den Wissensdrang. Und doch stiftet jener ohne diesen nur zu leicht Unheil. Die Bourgeoisie sieht seit dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts keine großen Ziele mehr vor sich. Sie strebt nur noch nach Augenblicksvorteilen und kennt nur noch Sonderinteressen kleiner, allerdings mächtiger Gruppen. Die Gesetze der Gesellschaft und ihre Entwicklung interessieren sie nicht mehr. Sie überläßt deren Erforschung und Darlegung den Sozialisten. Diese fanden in der Marx'schen Gesellschafts- und Geschichtsauffassung eine enorm fruchtbare Methode zur Erkenntnis des sozialen Lebens. Doch dieselbe Methode zeitigte für das kämpfende Proletariat auch reiche praktische Erfolge. Diese waren für die Arbeiter von höchstem Wert, förderten aber nicht ihre und ihrer Freunde theoretische Arbeit. Eine rapide Ausdehnung der proletarischen Organisationen und ihrer Tätigkeitsgebiete zwang die Massen der Vertreter des Proletariats in praktischer Arbeit aufzugehen und hemmte ihre Beschäftigung mit den großen allgemeinen Zusammenhängen der Gesellschaft also mit der sogenannten Theorie.

Diese der theoretischen Arbeit und damit der sozialen Klarheit sehr ungünstigen Tendenzen wurden noch bedeutend verstärkt durch den Weltkrieg und seine Wirkungen. Um kein klares Ziel wurde er geführt; um so mehr fühlte sich jeder bedroht, wenn er unterlag. Und als die Entente endlich ihren Sieg errungen hatte, diktierte sie in den Friedensverträgen neben ganz vernünftigen Bestimmungen auch ganz ungeheuerliche die nur schlimmster Unwissenheit und Unklarheit entsprangen und wieder nur neue Unklarheit schufen. Vor allem gilt das von den Reparationen. Inflation und Sanktionen vermehrten noch die allgemeine Verwirrung, die jede wissenschaftliche Erforschung ökonomischer und sozialer Gesetze anscheinend aussichtslos machte. Der Gedanke gesetzmäßiger Entwicklung versank immer mehr und der Kultus der Gewalt als Mittel der Formung gesellschaftlichen Produzierens nahm als Fortsetzung der Kriegswirtschaft oft höchst groteske und wüste Formen an.

Unter diesen Umständen traten immer mehr gedankenlose Schlagworte an die Stelle klarer Begriffe. Die Unsicherheit der Menschen gegenüber den ungeheuren Vorgängen, die sie weder zu begreifen noch zu meistern verstanden, wuchs immer mehr. Damit wuchs aber auch das Bedürfnis nach einem selbstbewußten Mann, der den Ratlosen versprach, ihr Führer aus dem Labyrinth zu werden, aus dem sie keinen Ausweg fanden und als zweiter Alexander den gordischen Knoten zu zerhauen.

Konfusion und Diktatur wachsen auf dem gleichen Holz.

Die Nebelhafheit des Denkens bedeutet nicht eine Verdunklung und Abschwächung der sozialen und politischen Gegensätze. Mit der steigenden Not der Krisenjahre verschärften sich diese vielmehr in zunehmendem Maße. Die Unklarheit fördert nur die Willkür des Denkens und Handelns, die durch keinerlei Erkenntnisse gezügelt wird und die dann den Eindruck des Augenblicks überliefert ist.

Das gilt natürlich am meisten für die neue Partei, die erst nach dem Kriege entstand und die durch keinerlei Tradition mit den Erkenntnissen verbunden ist, die in der Zeit vor dem Kriege erstanden waren. Was die Nationalsozialisten von dieser Zeit übernahmen, sind nur lächerliche Fantastereien namentlich in der Rassenfrage. Diese machen sie zur Grundlage ihres ganzen Tuns, ihrer einschneidenden und grausamsten Maßregeln. Und doch käme Hitler in die größte Verlegenheit, sollte er einmal dartun, welches die Rassenmerkmale der sogenannten arischen Rasse sind. Bisher haben die Nazis bloß ein einziges, allerdings untrügliches Kennzeichen der arischen Rasse mitgeteilt: die Tauscheine der arischen Individuen, sowie die ihrer Eltern und Großeltern.

Der Mißachtung klaren systematischen Denkens und seiner Ersetzung durch leere Schlagworte hatte schon vor dem Weltkrieg die Verkümmern des sozialen Denkens in der bürgerlichen Welt vorgearbeitet, aber auch die Arbeiter blieben von dieser Entwicklung nicht unberührt. Wohl wird die Sozialdemokratie, geleitet von dem Drang, die gesamte Gesellschaft systematisch zu erfassen, und sie gründlich umzugestalten, und sie wird dabei unterstützt von der bisher unübertroffenen marxistischen Methode zur Aufdeckung weit umfassender gesellschaftlicher Zusammenhänge. Aber während vor dem Kriege die Sozialdemokratie aller Länder fast identisch war mit dem an den politischen und sozialen Kämpfen der Zeit teilnehmendem Teil des Proletariats, haben sich seitdem eine Menge Proletariat, teils jugendlicher Nachwuchs, teils Zustrom aus neuproletarisierten Mittelschichten, anderen Parteien zugewendet. Wenigstens in den Großstaaten ist seit dem Weltkrieg die Signatur des Proletariats seine Zersplitterung in verschiedene einander wütend bekämpfende Parteien, während es bis 1914 fast überall nur eine einzige Arbeiterpartei gegeben hatte.

In Deutschland war bei Hitlers Einbruch das Proletariat in vier verschiedenen Lagern zu finden: In der Sozialdemokratie, beim Zentrum, bei den Kommunisten und den Nazis. Sonderbar, daß gerade bei diesem Zustand des Proletariats mancher unserer Parteigenossen von Kommunisten oder Nazis die Idee einer Diktatur des Proletariats übernimmt! Wie immer man dieses Wort deuten mag, es wird zu einer Phrase überall dort, wo das Proletariat nicht eine geschlossene einheitlich denkende und handelnde Masse darstellt, sondern in sich tief zerklüftet ist.

Diese Zerklüftung ist eine der wichtigsten Ursachen seiner augenblicklichen Schwäche. Sie aufzuheben ist eine der unerlässlichsten Bedingungen seines Sieges.

Es ist schwer zu erreichen, daß verzweifelte Menschen die Gemütsruhe und das Interesse finden, sich Wissen anzueignen und Erkenntnissen nachzuspüren, die nicht unmittelbar mit dem täglichen Brot zusammenhängen. Es gehört aber noch eine besonders große Willenskraft dazu, in dieser Weise tätig zu

sein im heutigen Hitlerdeutschland, in dem jede Aeußerung selbständigen Denkens als todeswürdiges Verbrechen aufs grausamste bestraft wird.

Trotzdem müssen unsere Genossen versuchen, in dieser Hinsicht auch auf das arbeitende Volk Deutschlands zu wirken. Die Verhältnisse schaffen gerade jetzt in mancher Beziehung einen günstigen Boden dafür.

Die Diktatur in Rußland hat mit ihren Methoden die Landwirtschaft ruiniert. Sie fühlt sich jetzt dem kapitalistischen Europa gegenüber schwach, bietet ihm ihre Freundschaft an, und das Ausland gewährt sie ihm gern, weil es den Bolschewismus nicht mehr fürchtet. Dieser überläßt allenthalben außerhalb Rußlands die Kommunisten immer mehr ihrem Schicksal. Je mehr das zutrifft, desto leichter wird die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten, d. h., desto eher werden jene zu der sozialdemokratischen Gedankenwelt zurückkehren, in der Lenin noch 1917 gelebt hat.

Andererseits nützt sich die Hitlerdiktatur in Deutschland rasch ab, ökonomisch und moralisch, was allerdings noch nicht bedeutet, daß ihr Herrschaftsapparat versagt. Immerhin, die Proletariat, die an der Sozialdemokratie verzweifeln bei Hitler Rettung suchten, müssen bald von ihm enttäuscht werden, soweit sie es nicht schon sind. Je mehr das eintritt, desto empfänglicher werden sie für sozialdemokratische Gedankengänge, namentlich, wenn sich gleichzeitig neben dem bisherigen Glauben an Hitlers Diktatur auch der Glaube an die Sowjetdiktatur als leere Illusion erweist. Und dazu gesellt sich die Erkenntnis, daß auch die katholische Kirche ihre Gläubigen nicht stützt.

Das sind Bedingungen, die eine erfolgreiche sozialdemokratische Propaganda ermöglichen — nur vorausgesetzt, daß wir uns selbst treu bleiben.

Die Verbreitung klaren sozialdemokratischen Denkens ist eine wichtige Aufgabe eines jeden der Organe unserer Partei. Die Verbreitung solchen Denkens innerhalb des deutschen Reiches von außen her ist wohl aber besonders eine Aufgabe des „Neuen Vorwärts“, soweit es ihm gelingt, Eingang in dieses Reich zu finden.

Gewaltig sind die Aufgaben, die ihm zufallen als Organ des Kampfes, der Information, der Organisation, der theoretischen Klärung. Ungeheuer sind die Schwierigkeiten, die sich der Lösung entgegenstellen. Aber wir dürfen das festeste Vertrauen hegen, zum Enthusiasmus der Energie, der Klugheit, dem Wissen der Herausgeber des „Neuen Vorwärts“, daß es ihnen gelingen wird, alles zu leisten, was menschenmöglich ist, so daß schließlich der 1933 begründete „Neue Vorwärts“ in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ebenso ruhmvoll und ebenso erfolgreich dastehen wird wie der 1879 in Zürich begründete „Sozialdemokrat“.

Als der vielleicht einzige noch lebende Mitarbeiter des alten „Sozialdemokrat“ wünsche ich dem „Neuen Vorwärts“ besten Erfolg.

Karl Kautsky.

Steckschritt — Professoren

Im Berliner Grunewald veranstalteten die Universitätsprofessoren, gemeinsam mit den Studenten, einen — Gepäckmarsch in Uniform.

Und wenn der ganze Erdball lacht:
Das Hakenkreuz durchgedrückt,
Marschiert der Vollbart in die Schlacht,
Und seht, wie es vortrefflich glückt!

So wird die Sehnsucht doch gestillt,
Die stumm in seinem Herzen ruht,
Der Untertan sitzt ungekitt
In seinem rassereinen Blut.

Was stört ihn Geist und was Kultur?
Die Brust heraus, den Bauch herein,
Der Steckschritt wird zur Badekur
Für so ein Stubenhockerschwein!

Gepäckmarsch, durchgedrückter Schritt —
Die Professoren sind „erwacht“,
Sie schleppen ihre Schande mit —
Gepäck, das niemand Ehre macht!

F e g.

Spielbank in Baden-Baden

Die Hitler-Regierung beschloß ein Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken. Eine solche ist zunächst nur für Baden-Baden vorgesehen.

Im Verlage der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der ČSR., Prag II, Nekázanka 18 sind erschienen:

Deutschland am Hakenkreuz, Dokumente des Hunnenfaschismus, 64 Seiten, illustriert	Kč	Mk.
Otto Friedrich, Selbstmord einer Demokratie	2.50	0.35

Im Verlage der Zentralestelle für das Bildungswesen, Prag II, Nekázanka 18 sind erschienen:

Für die Einheit der Arbeiterklasse, 40 Seiten	Kč	Mk.
Emil Strauß, Sowjetrußland und die Arbeiterklasse	1.50	0.20
Franz Rehwald, Kapitalistische Wahnwirtschaft	2.—	0.30
Franz Mehring, Karl Marx (in Leinen geb.)	3.—	0.40
Frz. Mehring, Gesammelte Schriften, 6 Bände, geb.	25.—	3.20
Jeder Band einzeln	150.—	20.—
Jeder Band einzeln	28.—	3.60

Anfang September erscheint:
Arbeiter-Jahrbuch 1934, geb., 200 Seiten, illustr. 10.— 1.30

Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.